

Der beauftragte Schulentwicklungsplaner der Projektgruppe Bildung und Region in Bonn, Herr Hubertus Schober, präsentiert die Ergebnisse der Elternbefragung und erläutert eingehend die Zusammenhänge zwischen den von den Erziehungsberechtigten beantworteten Fragen zum Bedarf nach einer neu zu gründenden Sekundarschule (Antwortmöglichkeiten „Ganz bestimmt“, „Eher ja“, „Eher nein“ und „Bestimmt nicht“) im Verhältnis zu den beabsichtigten Anmeldungen bei Nichtzustandekommens einer Sekundarschule zum Schuljahr 2015/2016. Die ausführliche Auswertung wurde der Einladung zur Schulausschusssitzung als Anlage beigelegt, dem Protokoll wird die Powerpoint-Präsentation des Abends beigelegt.

Herr Schober resümiert, dass die Beteiligung mit rd. 50 % im Mittel der befragten Eltern als nicht besonders aussagekräftig zu werten ist und die Vielzahl an Ankreuzungen bei den zukünftigen Beschulungswünschen eine relativ unsichere Schulformwahl der Erziehungsberechtigten bedeutet. Eindeutig ist seiner Meinung nach die Tatsache, dass die Nachfrage nach dem Angebot einer Sekundarschule von jedem Zweiten (rd. 50 %) durch die Antwort „Bestimmt nicht“, bei einer vorbehaltlosen Zustimmung („Ganz bestimmt“) von nur rd. 15 %, eine negative Tendenz darstellt. Zusätzlich ist aus den Antworten abzulesen, dass selbst von dem Schulformwunsch nach einer Beschulung in einer Gesamtschule (gleichfalls eine integrierte Schulform wie die Sekundarschule) nicht mit einer vollständigen Anmeldung aller Kinder zu rechnen sei.

Insgesamt ist aus dem Antwortverhalten des 4. Schuljahres abzulesen, dass mit den für eine Gründung erforderlichen 75 Anmeldungen nicht zu rechnen sei: Von diesen Befragten antworteten 34 % zustimmend, jedoch nur 16 % votierten mit „ganz bestimmt“ und damit vorbehaltlos dafür. Selbst bei wohlwollender Betrachtung, die laut Ansicht von Herrn Schober vorsichtig zu bewerten sei, wird mit diesen 34 % auch bei einer Hochrechnung auf eine hundertprozentige Beteiligung aller 186 theoretisch möglichen Kinder die Mindestschülerzahl mit dementsprechend 63 Schüler/innen deutlich unterschritten.

Abschließend prognostiziert der Schulentwicklungsplaner aufgrund des fortschreitenden Schülerzahlenrückgangs prozentual steigende Auspendlerzahlen zu den benachbarten Gesamtschulen sowie latente Klassenbildungsprobleme der etablierten weiterführenden Schulen in Bergneustadt in der näheren Zukunft.

Dass es keine Basis für die Errichtung einer Sekundarschule durch das Elternvotum gibt, resümiert Herr B. Grütz und bekundet ferner, dass eine weitere Befragung obsolet sei. Die Problemlösung für den Schulstandort sei damit aber nicht gefunden und wird sich, so erläutert er weiter, in der Klassenbildung der ortsansässigen Schulen niederschlagen, welche ein Schülerklientel zu beschulen haben, für die insbesondere die Realschule und das Gymnasium nicht ausgerichtet sind. Er prognostiziert für die kommenden Jahre eine politische Debatte zur Einführung einer Gesamtschule in Bergneustadt.

Basierend auf dem Elternvotum zum Erhalt des Status quo fordert Herr Zimmermann die Unterstützung der politischen Parteien für die ortsansässigen Schulen, ggf. auch über Gemeindegrenzen hinaus.

Herr Dürr tritt dem Schulentwicklungsplaner insofern entgegen, als dass die aktuellen Anmeldungen an der Hauptschule Bergneustadt den vergangenen Prognosen nicht entsprechen und sich somit nicht bewahrheitet haben.

Herr D. Grütz und Herr Stamm betonen trotz der Wichtigkeit von Investitionen in die Bildung zukünftiger Generationen – wie durch das PPP-Projekt geschehen – die Notwendigkeit, die fiskalpolitischen Vorgaben nicht aus dem Blickfeld zu lassen, und wünschen sich diesbezüglich eine ergebnisoffene Diskussion.

Abschließend zu der intensiven Diskussion bekunden die Ausschussvorsitzende und BM Holberg, das Elternvotum im Rahmen der Auswertung solle akzeptiert und keine erneute

Befragung gestartet werden. Stattdessen wird angeregt, alle Kraft zum Erhalt in die bestehenden Schulen zu investieren.